

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein
Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Vorsitzende AfD-Landesverband Schleswig-Holstein

14. Juli 2017

PRESSEMELDUNG 5/2017

„Es reicht! Linksextremen Sumpf austrocknen“

Die AfD-Landesvorsitzende Doris v. Sayn-Wittgenstein verurteilt die Ausschreitungen linksextremistischer Gewalttäter während des G20-Gipfels in Hamburg aufs schärfste und unterstützt die Forderungen der AfD-Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl Alice Weidel, die ein härteres Durchgreifen gegen das linksradikale Milieu forderte.

„Linksextreme Antifa-Gruppierungen, die an der Organisation krimineller Aktionen wie in Hamburg beteiligt sind, müssen verboten werden.

Linksextreme Terrorzellen wie die ‚Rote Flora‘ in Hamburg oder die ‚Rigaer Straße‘ in Berlin müssen geräumt werden. Es ist nicht nur unerträglich wie Politik und Justiz diese rechtsfreien Räume und den sträflichen Umgang mit Eigentum tolerieren. Von dort aus wird vor allen Dingen Gewalt gegen Bürger und Staat geplant und organisiert. Ähnliches gilt für andere linksextreme Gruppierungen, die unter dem Decknamen ‚Kulturzentren‘ agieren und staatliche Fördermittel für ihre subversive, gesellschaftszersetzende Arbeit kassieren.

Neben dem Verbot dieser einschlägig bekannten Organisationen der Linksextremisten, muß daher auch die Finanzierung der Szene stärker unter die Lupe genommen werden. Es ist ein Unding, daß das Familienministerium mit deutschen Steuergeldern direkt und indirekt ... linksextremen Terror unter dem Motto ‚Kampf gegen rechts‘ mitfinanziert.“
(Alice Weidel)

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein schließt sich diesen Aussagen vollumfänglich an. Doris v. Sayn-Wittgenstein führte aus:

„Wie äußerte die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) im Jahr 2014 doch: ‚Linksextremismus ist ein aufgebauschtes Problem‘. Die nunmehrige Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns muß sich angesichts dieser Aussage berechnete Kritik gefallen lassen, hatte sie doch im Kontext dieser Verlautbarung die Mittel im Kampf gegen Linksextremismus in dem von ihr geführten Ministerium kurzerhand streichen lassen. Ein Akt politischen Irrsinns? Oder subtile Unterstützung einer ihr ideologisch nahestehenden Szene?“

Die Äußerungen Schwesigs und anderer Politiker linksgrüner Provenienz waren bereits in der Vergangenheit blanker Hohn, doch mit den linksextremistischen Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels ist es an der Zeit, die Notbremse zu ziehen: Es reicht!

Linksautonome verwandelten Teile der Hamburger Innenstadt in eine Bürgerkriegszone, unsere Polizisten waren feigen Angriffen auf Leib und Leben ausgesetzt. Brennende Autos, Plünderungen von Geschäften, Diebstahl und Raub von Waren, Angriffe auf unbeteiligte Personen, Einsatz von verbotenen Gegenständen bis hin zu Molotowcocktails – das alles sind terroristische Akte gegen den Staat.

Es ist an der Zeit, den linksextremen Sumpf trockenzulegen: Fördermittel für linksradikale und -extreme ‚Kulturprojekte‘, Vereine und Organisationen müssen auf den Prüfstand und gestrichen werden. Verharmlosung und Schönrednerei müssen ein Ende haben.“

Abschließend betonte v. Sayn-Wittgenstein, wie aktuell die zentralen Forderungen der AfD nach Stärkung der Polizei und härterer Bestrafung von Angriffen auf Amtspersonen in diesen Tagen seien. Dies sei auch ein wesentliches Anliegen in ihrem Amt als Landesvorsitzende, aber ebenso Kern in ihrer alltäglichen Arbeit als Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

„Dank an alle Polizisten aus dem Bundesgebiet für ihren Einsatz und entschiedenen Kampf gegen die wahre Gefahr für die Demokratie in Deutschland: den Linksextremismus“, so v. Sayn-Wittgenstein abschließend.